

Beitrag von Herrn Vizekanzler Dr. Hannes Androsch

DER ÖSTERREICHISCHE WEG IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Der weltweite Wirtschaftseinbruch der Jahre 1974 bis 1976 hat die ökonomische Instabilität in den westlichen Industriestaaten deutlich vor Augen geführt. Durch die enge Verflechtung, der sogenannten globalen Interdependenz, waren alle Industriestaaten gemeinsam mit einer Konjunkturschwäche konfrontiert, wie sie in dieser Intensität seit Ende des Zweiten Weltkrieges noch nicht anzutreffen waren. Nuancierungen gab es nur hinsichtlich des Ausmaßes des Wachstumsrückganges, der Zahl der Arbeitslosen oder der Höhe der Inflationsrate.

Diese neue Situation erfordert neue Antworten, stellt aber auch die Aufgabe, die wirtschaftliche Gestaltung als politische Ökonomie zu verstehen und danach zu handeln. Unter den weltwirtschaftlich vorgegebenen Bedingungen ergibt sich jedoch insbesondere für einen kleinen Staat wie Österreich die Frage nach der Möglichkeit eines eigenen Weges in der Wirtschaftspolitik und wie dieser Weg auch in Zukunft erfolgreich gestaltet werden kann.

Die Aufbaujahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges zeigen für Österreich durchaus positive Ergebnisse. Der wirtschaftliche Aufholprozeß verstärkte sich jedoch mit Beginn der Siebziger-Jahre und führte zu Ergebnissen, die den Erfolg eines eigenständigen und vor allem erfolgreichen wirtschaftlichen Weges für Österreich voll bestätigen.

Von allen europäischen Industriestaaten konnte Österreich seit Beginn der Siebziger-Jahre bis Ende 1976 das stärkste Wachstum erzielen. Im weltwirtschaftlichen Vergleich wird die jährliche Wachstumsrate Österreichs von durchschnittlich 4,6 % nur von Japan übertroffen. Im Jahre 1974, als viele Industriestaaten bereits Wachstumseinbrüche oder stagnierende Sozialprodukte aufwiesen, verzeichnete Österreich noch ein Wachstum von 4,1 %. Der BNP-Rückgang im Jahre 1975 fiel mit 2 % weit geringer aus als in vergleichbaren Staaten und die Wachstumsrate von 5,2 % für 1976 beweist, daß Österreich schneller als andere Industriestaaten wieder die Rückschläge der Wirtschaftsschwäche wettmachen konnte.

Noch deutlicher spiegelt sich der ökonomische Aufholprozeß in der Entwicklung des Bruttonationalproduktes wider: Verfügte jeder Österreicher im Jahre 1966 über ein Bruttonationalprodukt von umgerechnet 1.421 Dollar, so stieg diese pro-Kopf-Leistung bis

bis Ende 1976 auf 5.400 Dollar an. Die starke Erhöhung wird am ehesten durch die Vergleichsziffern der BRD verdeutlicht, die ihre pro-Kopf-Leistung von 2.081 Dollar im Jahre 1966 auf 6.700 Dollar steigerte. Auf die Weltbevölkerung umgerechnet bedeutet dies, daß auf jeden Ausländer, den ein Österreicher um seinen höheren Lebensstandard beneidet, bereits acht Erdbewohner fallen, die von einem Wohlstand wie dem österreichischen nur träumen können.

Trotz verstärkter Preisauftriebstendenzen als Folge einer Verfünfachung der Rohöl- und Rohstoffpreise sowie einer starken Wohlstandssteigerung konnte die Inflationsrate in den Jahren 1970 bis 1976 bei durchschnittlich 6,9 % gehalten werden, wobei im westlichen Europa nur die BRD und die Schweiz in diesem Zeitraum geringe Preiserhöhungen als Österreich zu verzeichnen hatten.

Die größten Erfolge konnten in diesen Jahren auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Einer jährlichen Rekordbeschäftigung stand eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von nur 1,9 % gegenüber, die selbst in den schwierigen Wirtschaftsjahren 1975 und 1976 im Jahresdurchschnitt nie über die 2%-Grenze anstieg.

Für das Jahr 1977 kann mit einer weiteren Steigerung des Wirtschaftswachstums um rund vier bis fünf Prozent bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 6 Prozent gerechnet werden. Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält an: gegenüber dem Vorjahr sind

rund 50.000 Menschen oder um 2 % mehr beschäftigt, es kann daher mit einem weiteren Sinken der Arbeitslosenrate unter 2 % gerechnet werden. Dieser Wert ist ein eindeutiger Beweis, in welchem hohem Maße es der österreichischen Wirtschaftspolitik gelungen ist, die Vollbeschäftigung zu sichern.

Das österreichische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist durch einige Strukturkomponenten gekennzeichnet, die sich im Laufe der Entwicklung der 2. Republik nach 1945 herausgebildet haben.

Durch die Verstaatlichungsgesetze der Zeit kurz nach dem Krieg entstand ein System gemischter Eigentumsformen im Sinne eines Nebeneinanders von privatem und öffentlichem Eigentum an Produktionsmitteln. Im ÖIAG-Konzern (die Österreichische Industrieverwaltung AG verwaltet die Beteiligungen der Republik an den verstaatlichten Unternehmungen), waren 1976 110.000 Menschen beschäftigt, der Umsatz erreichte 98 Mrd S (das entspricht etwa 13 % des BNP), wovon etwa 35 % exportiert wurden. Zwar sind die zwei größten Banken <sup>(des Landes)</sup> verstaatlicht, jedoch sind sie privatwirtschaftlich organisiert und mit Entscheidungsautonomie und eigener Verantwortlichkeit ausgestattet.

Die Mitbestimmung ist sowohl auf betrieblicher, als auch durch die Wirtschafts- und Sozialpartner, auf überbetrieblicher Ebene gegeben.

Es gibt umfassende wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen und Mechanismen zur Einkommensumverteilung.

Das österreichische Wirtschaftssystem ist eindeutig vom Typ "mixed economy", nicht nur im Sinne eines Nebeneinander von privatem und staatlichem Sektor, sondern darüber hinaus im Sinne einer Anerkennung der Komplementarität der beiden Sektoren. Der Markt hat seine Funktion als elastisches, flexibles Koordinationsinstrument dezentraler Entscheidungen. Allerdings darf sich die Stellung des Staates nicht <sup>mit</sup> allein die Aufgabe reduzieren, die Lücken dieses Systems auszufüllen.

Neben der "unsichtbaren Hand" des Marktes hat daher die "sichtbare" des Staates ihre Berechtigung und Funktion. Erst aus dem Zusammenspiel dieser beiden ist auch der wirtschaftliche Erfolg der Vergangenheit erklärbar.

Die österreichische Wirtschaftspolitik war und ist orientiert am Ziel der Gesamtstabilität, d.h. an den Einzelzielen Sicherung des hohen Beschäftigungsniveaus, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials, Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie eines guten sozialen Klimas.

Daß sich für Österreich das internationale Problem Nummer eins, nämlich die Arbeitslosigkeit nie stellte, ist neben den strukturellen Gegebenheiten eines sehr aufnahmefähigen Dienstleistungssektors vor allem auf die entschlossene Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die sich nicht scheute, schon im Mai 1974 den Bundeshaushalt zur Kompensation der deflatorischen Nachfrangelücke einzusetzen. Der Anteil der Staatsschuld am Bruttonationalprodukt stieg dadurch von 10 % im Jahre 1974 auf 18,5 % im Jahre 1976 an. Während sich andere Staaten noch ausschließlich an der Inflationsrate und der Wiedergewinnung der Stabilität als einzigem politischen Ziel orientierten und damit sehr viel Zeit bei der Bekämpfung des Nachfrageausfalls verloren, wurde in Österreich bereits unter dem Aspekt der Gesamtstabilität eine wirkungsvolle antizyklische Budgetpolitik betrieben.

Am 1. Jänner 1975 trat eine Lohn- und Einkommenssteuersenkung in Kraft, die zwar einen Einnahmefall gleichzeitig aber auch eine Kaufkraftstärkung von schätzungsweise 11 Mrd S bedeutete. Gleichzeitig trat eine Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden pro Woche in Kraft. Im Verlauf des Jahres wurden 6,7 Mrd S aus dem Konjunkturausgleichshaushalt freigegeben. Die zusätzlichen Aufträge an die Wirtschaft flossen vor allem in die Bauwirtschaft, sowie die Maschinen-, Elektro-, Fahrzeug- und Textilindustrie. Die Investitionen des Bundes stiegen von 16,7 Mrd S 1974 auf 21,3 Mrd S 1975.

Der Anteil des Nettodefizits gemessen an den Budgetausgaben stieg damit von 7,0 % im Jahr 1974 auf 15,1 % im Jahre 1975 und 12,5 % im Jahr 1976 an. Zu Beginn des Jahres 1976, als noch keine Anzeichen eines Aufschwungs sichtbar waren, wurden weitere 3 Mrd S aus dem Konjunkturausgleichsvoranschlag freigegeben.

Zur Stimulierung von Investitionen wurde eine Anzahl von Steuerbegünstigungen gewährt, ein Sonderfinanzierungsprogramm von 2 Mrd S durchgeführt und die übrigen Instrumente der Investitionsfinanzierung wie Sonderkreditinstitute, Haftungen, Garantien usw. verstärkt eingesetzt.

Die staatliche Nachfragestützung und die dadurch ausgelösten Multiplikatorwirkungen verhinderten 1975 ein weiteres Absinken des BNP um 1 1/2 bis 2 % und sicherten etwa 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze. Unter Berücksichtigung der Wirkung der automatischen Stabilisatoren im Bundeshaushalt konnten rund 60.000 Arbeitsplätze damit gesichert werden.

Der Erfolg der Arbeitsplatzsicherung und der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung war nur durch eine erhöhte Kreditaufnahme seitens des Bundes möglich. In der nächsten Zeit gilt es daher, diesen Anteil der kreditfinanzierten Ausgaben wieder abzubauen, wozu seitens der Bundesregierung einige Maßnahmen zur Budgetverbesserung, sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite ergriffen wurden.

Am 1. Jänner 1976 trat eine Erhöhung des vollen Satzes der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 % in Kraft. Im Frühjahr 1976 wurden durch eine Erhöhung der Bundesmineralölsteuer zusätzliche Mittel für den Straßenbau erschlossen, im Herbst ein Zuschlag zur Bundeskraftfahrzeugsteuer eingeführt. Diese Mittel werden für den verstärkten Ausbau von Nahverkehrseinrichtungen verwendet, um die Verkehrsprobleme in den Städten und Ballungszentren zu lösen. Mit erstem Jänner 1977 wurde die Vermögenssteuer um 0,25 Prozentpunkte sowie die Gebühren, die schon seit 12 Jahren in ihrer Höhe unverändert geblieben waren, erhöht.

Diese Politik der Einnahmenverbesserung soll so rasch wie möglich zur Wiedergewinnung des konjunkturpolitischen Spielraums im Bundesbudget beitragen, um dieses im Falle von eventuellen Konjunkturunbrüchen wieder zur Beschäftigungssicherung einsetzen zu können. Außerdem kann jetzt eine relativ günstige Konjunkturlage genutzt werden, um diese Einnahmenverbesserungen "in die Scheune" zu bringen.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Budgetsituation müssen in Zukunft auf der Ausgabenseite getroffen werden. Für das Budget des kommenden Jahres ist daher eine Eindämmung der Förderungs- und Investitionsausgaben nicht nur geplant sondern auch notwendig.



Als realistisches budgetpolitisches Ziel ist zumindest ein Einfrieren des Defizits auf dem gegebenen Niveau anzustreben.

Einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Zieles der Gesamtstabilität leistete in Österreich in diesen Jahren die Währungspolitik. Durch die Aufrechterhaltung stabiler Kursverhältnisse zu den wichtigsten österreichischen Handelspartnern konnte nicht nur der Wirtschaft die notwendige Orientierung gegeben sondern darüberhinaus noch eine stabilitätspolitische Wirkung erzielt werden. Durch die konsequente Beibehaltung dieser Politik ist es auch gelungen, den Anpassungsprozeß der österreichischen Wirtschaft an die sich verschärfenden Weltmarktverhältnisse, mit welchem man insbesondere durch den Eintritt Österreichs in den vollkommen freien Welthandel mit 1. Juli dieses Jahres rechnen mußte, systematisch in die Wege zu leiten.

Zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik muß es daher sein, das Erreichte zu sichern, die Inflationsraten zurückzuführen und durch währungs-, geld- und strukturpolitische Maßnahmen die Anpassung der Wirtschaft an die geänderten Strukturen zu fördern und zu beschleunigen. Diese Aufgabe ist zwar nicht leicht aber auch nicht unlösbar., solange es nämlich gelingt, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

Arbeitslosigkeit wird dabei nicht nur als eine ökonomisch-statistische sondern als eine gesellschaftspolitische Frage gesehen. Arbeitslosengeld ist kein Ersatz für das Gefühl, durch den aktiven Beitrag seiner Arbeit ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft zu sein. Wer sein Recht auf Arbeit nicht verwirklichen kann, fühlt sich zu Recht politisch schlecht vertreten und neigt zu Extremismus. Eine Gesellschaft, die nicht das notwendige Gefühl der Solidarität aufbringt, allen das Recht auf Arbeit zu sichern, ist nicht mehr lange eine freie demokratische Gesellschaft. Die Erhaltung und Sicherung der Vollbeschäftigung ist damit die Grundlage für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft und für den weiteren Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit.